



## Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

### **Weiterentwicklung der Beruflichen Oberschule: Gemeinsame Beschulung von FOS-BOS-Schülern in Jahrgangsstufe 13 prüfen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert zu prüfen, ob eine gemeinsame Beschulung von Schülerinnen und Schüler aus Fachoberschule und Berufsoberschule in der Jahrgangsstufe 13 eingeführt werden kann, um dieses Angebot wohnortnah zu sichern.

#### **Begründung:**

Die Berufliche Oberschule bietet im differenzierten bayerischen Schulsystem über die 13. Jahrgangsstufe eine weitere Möglichkeit die allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife zu erwerben und bereitet mit ihrem breit gefächerten Angebot auf ein Studium vor. Diese Möglichkeit wird von vielen jungen Menschen gewählt und hat sich etabliert. Ein weiterer Pluspunkt dabei ist, dass Fachabitur und Abitur der Beruflichen Oberschule in ganz Deutschland anerkannt werden.

Da die Fachoberschule (FOS) seit dem Schuljahr 2008/2009 zusammen mit der Berufsoberschule (BOS) unter dem Dach der Beruflichen Oberschule Bayern zusammengefasst ist, wird zwischen beiden Bildungsgängen bereits ein intensiver Austausch der Schulfamilie praktiziert. In Zeiten zurückgehender Schülerzahlen haben allerdings vor allem Schulstandorte in ländlichen Räumen teilweise die Schwierigkeit, die Jahrgangsstufe 13 in FOS oder BOS bilden zu können. Hinzu kommen auch die unterschiedlichen Ausbildungsrichtungen. Dennoch könnte es aus unserer Sicht eine praktikable Möglichkeit sein, die gemeinsame Beschulung von Schülerinnen und Schüler aus Fachoberschule und Berufsoberschule in der Jahrgangsstufe 13 einzuführen, um dieses Angebot insbesondere an wohnortnahen Schulstandorten in ländlichen Gebieten zu sichern.